

Vorlage-Nr.: **0955-2007/DaDi** vom 11.04.2007

Aktenzeichen: 430-002

Fachbereich: Fraktion der WASG-Die Linke-DKP
Herr Busch-Hübenbecker, Walter

Beteiligungen:

Kostenstelle: **203001 Kreistagsbüro/Büro Landrat**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Fahrdienst für Menschen mit Behinderung
Antrag der Fraktion von WASG-Die Linke-DKP**

Beschlussvorschlag:

Die durch die Hartzgesetzgebung entstandenen massiven Einschränkungen im Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen sollen – zusätzlich zur bestehender Gesetzeslage –in Zusammenarbeit mit der Interessengemeinschaft Körperbehinderter Dieburg e.V. (IKD) für den Landkreis Darmstadt Dieburg optimiert werden.

Begründung:

Nach bestehenden Bundesgesetzen dürfen Behinderte ohne Einsatz von Einkommen und Vermögen im Umkreis von 50 km den ÖPNV kostenfrei nutzen.

Für Behinderte, die nicht in der Lage sind, den ÖPNV zu nutzen, bedeutet dieses Bundesgesetz durch die Verschlechterungen durch die Hartz- Gesetze eine eindeutige Beeinträchtigung.

Wir fordern den Kreistag Darmstadt/Dieburg auf für die Gleichbehandlung der den ÖPNV nutzenden Behinderte und denjenigen, die auf den „Fahrdienst für Behinderte angewiesen sind, zu sorgen. Eine besonderes Augenmerk des Landkreises liegt hierbei in Absprache mit dem IKD auf den „besonderen Härtefällen“ der Behinderten.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.